Mündlicher Bericht

des Ausschusses für Rechtswesen und Verfassungsrecht (23. Ausschuß)

über die vor dem Bundesverfassungsgericht erhobene Klage der sozialdemokratischen Fraktion des Bundestags gegen die Bundesregierung auf Feststellung, daß die Bundesregierung die dem Bundestag nach Artikel 59 Absatz 2 Satz 1 des Grundgesetzes zustehenden verfassungsmäßigen Rechte verletzt habe, indem sie es unterließ, die vom Bundeskanzler am 22. November 1949 getroffenen Abmachungen (Petersberger Abkommen) dem Bundestag zur Zustimmung in der Form eines Bundesgesetzes vorzulegen.

Berichterstatter:

Abgeordneter Dr. Kopf Abgeordneter Dr. Arndt

Bonn, den 26. November 1951

Der Ausschuß für Rechtswesen und Verfassungsrecht

Dr. Kopf
Dr. Arndt
Stellvertretender Vorsitzender

Dr. Kopf
Dr. Arndt
Berichterstatter